

**STELLUNGNAHME zum POSITIVEN ERGEBNIS, der Ablehnung der VOLKSABSTIMMUNG  
"Minarettverbots-Initiative"**

Wenn auch knapp – so wurde diese leidige, inhaltlich verfassungswidrige und diskriminierende Volksabstimmung doch von der Schweizer Bevölkerung in die gebührenden Schranken der Ablehnung verwiesen. Eine kluge Entscheidung, in Hinblick auf die rechtlichen Komplikationen und sozialpolitischen Erschwernisse, welche bei einer Annahme unvermeidbar für die Schweiz geworden wären.

GSIW begrüßt diese Entscheidung mit großer Erleichterung.

Wir verkennen aber dabei nicht, dass dieses Ergebnis als deutliche Aufforderung an die Muslime in der Schweiz zu verstehen ist, ihre Integrationsfähigkeit, ihren Integrationswillen und die Kompatibilität ihrer Religion offenkundig, transparent und plausibel darzustellen. Auch wenn wir überzeugt sind, dass gläubige Muslime in der Eidgenossenschaft, als religiöse Gesellschaft gefasst, keinerlei besonderen Anlässe geliefert haben, vor ihnen oder dem Islam Misstrauen oder gar Angst zu empfinden, sind wir uns unserer Verantwortung bewusst, nicht nur eine stärkere, konstruktive Beteiligung von Muslimen am öffentlichen Geschehen zu fördern, sondern auch durch klares Wort und schönes Beispiel, die tatsächlichen Inhalte unserer Religion nachhaltig erfahrbar und erfassbar zu machen.

Wir verurteilen die bislang von den Initianten in Anwendung gebrachte populistische, volksverunsichernde Strategie, appellieren aber gleichzeitig an die Initianten und Befürworter der Initiative, den Integrationsprozess der Muslime in der Schweiz nicht weiter durch massive Kolportage von Halbwahrheiten und bewussten Falschdarstellungen zu erschweren. Vielmehr erwarten wir den ernsthaften Dialog und laden daher alle kritischen Kreise zu ernsthaftem Dialog ein und erwarten durch konstruktive Zusammenarbeit gemeinsam Lösungen für konkrete Probleme zu finden. Ein Anliegen, welches voll umfängliche Unterstützung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte in der Schweiz bekommen sollte und tatsächlich nur gemeinsam zu bewältigen ist

Abschließend sei allen Wählerinnen und Wählern in der Schweiz gedankt, die großartigen Verfassungswerte der Religionsfreiheit und Rechtssicherheit in unserem Land mit ihrem Votum standhaft verteidigt zu haben - dem Bundesrat, dem Parlament, den meisten Parteien und besonders den verantwortlichen Vertretern aus unseren Schwesterreligionen Judentum und Christentum, der verantwortungsbewussten Öffentlichkeit sei unser hoher Respekt für alle ihre Bemühungen und ihre Solidarität mit ihren muslimischen Mitbürgern zum Ausdruck gebracht.

GSIW freut sich auf offenen Dialog und freie, verantwortungsbewusste Zusammenarbeit zum Wohle aller in der Schweiz lebenden Menschen.

M.M.Hanel  
VP-GSIW  
18.11.2009

**STELLUNGNAHME zum NEGATVEN ERGEBNIS, der Annahme der VOLKSABSTIMMUNG  
"Minarettverbots-Initiative"**

Mit großem Befremden nimmt GSIW das erschreckende Ergebnis der diskriminierenden Volksabstimmung zur "Minarettverbots-Initiative" zur Kenntnis.

Nicht nur, dass die Initianten mit ihrem verfassungsfeindlichen Begehren erfolgreich waren, ist es ihnen auch gelungen, mit Schreckensmeldungen aus dem Ausland, der Kolportage von hauptsächlich Halbwahrheiten, Falschdarstellungen und groben Missinterpretationen der religiöser Überzeugungen von Muslimen in der Schweiz, bis ins Absurde reichende, nachhaltige Verbindungen zu konstruieren, welche samt und sonders der angestrebten Integration der Muslime in der Schweiz entgegenstehen werden.

Die juristischen und gesellschaftspolitischen negativen Konsequenzen dieses Abstimmungsergebnisses sind noch nicht wirklich abzuschätzen.

Andererseits übersehen wir nicht die großartigen Anstrengungen, welche von der, der Wahrhaftigkeit verpflichteten Schweizer Bevölkerung auf sich genommen wurden, diese, echten Schweizer Werten tatsächlich entgegenstehende Initiative in ihrer Widerwärtigkeit darzustellen und sie zum Scheitern zu bringen. Unser Dank und unser hochachtungsvoller Respekt sei Ihnen hiermit zum Ausdruck gebracht.

Wir erkennen aber auch unsere größer gewordene Verantwortung, legitimen Befürchtungen unserer Schweizer Mitbürger durch direkten Kontakt entgegenzutreten, die wahren Grundlagen unserer Religion durch deren praktische Umsetzung zum Schweizerischen gesamtgesellschaftlichen Wohle glaubhaft, verständlich und nachvollziehbar zu machen und bieten natürlich dazu unsere vollumfängliche Bereitschaft und Kooperation an.

M.M.Hanel  
VP-GSIW  
18.11.2009